

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

17. WP - 37. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. August 2011,  
in Norderstedt auf dem Gelände der Landesgartenschau

**Anwesende Abgeordnete**

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	i. V. von Hans-Jörn Arp
Karsten Jasper (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Markus Matthießen (CDU)	i. V. von Johannes Callsen
Regina Poersch (SPD)	
Marion Sellier (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Christopher Vogt (FDP)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Besuch der Landesgartenschau</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)</b>	<b>7</b>
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1640	
<b>3.</b>	<b>Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen</b>	<b>7</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1516	
	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1548	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck <a href="#">17/2513</a>	
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Besuch der Landesgartenschau**

Mit einem Rundgang über das Ausstellungsgelände der Landesgartenschau unter Führung des Geschäftsführers der Landesgartenschau, Herrn Evers, beginnt der Informationsbesuch des Ausschusses in Norderstedt. In seinem Grußwort an die Ausschussmitglieder hebt der Oberbürgermeister von Norderstedt, Herr Grote, die Bedeutung der Landesgartenschau als wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung Norderstedts hervor.

Die drei Parks der Ausstellung „Seepark“, „Waldpark“ und „Feldpark“ mit einer Gesamtfläche von 72 ha präsentieren sich den Ausschussmitgliedern als beeindruckende Blumenschauen, kunstvoll gestaltete Themengärten, Rundwege durch Wald und Heide, als Rahmenprogramm für Kulturveranstaltungen, als umweltpädagogische Initiativen sowie als fantasievoll gestaltete Spielplätze für die jüngsten Besucher der Ausstellung.

Im „Haus der Gärtner“ führen die Ausschussmitglieder sodann das Fachgespräch mit dem Präsidenten des Gartenbauverbandes Nord, Herrn Lohff, der zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Landesgartenschau Schleswig-Holstein (ALG) ist, Herrn Meier von der ALG, Herrn Johannsen, dem Präsidenten des Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, Herrn Schneekloth, Vorstandsmitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein im Bund deutscher Baumschulen, Frau Krug-Gbur, der Geschäftsführerin des Bundeswettbewerbs „Entente Florale“, sowie Herrn Evers, dem Geschäftsführer der Landesgartenschau Norderstedt.

Die Vertreter der „grünen Branche“ verweisen darauf, dass Pflanzen für Menschen nicht nur von ästhetischer Bedeutung sind, sondern dass ihre Verwendung im öffentlichen und privaten Grün eine ökonomische, gesundheitliche und soziale Funktion habe. Der Gartenbau in Schleswig-Holstein umfasse 2.000 Betriebe mit 14.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 650 Millionen €. 300 Betriebe seien als Baumschulen im Kreis Pinneberg, einem der größten geschlossenen Baumschulgebiete Europas, konzentriert. Der Landschafts- und Sportplatzbau erziele mit 560 Betrieben und 3.400 Beschäftigten einen Jahresumsatz von

560 Millionen €. Bei allen Planungen für die Landesgartenschau, die noch bis zum 9. Oktober d. J. stattfinden, habe von Beginn an die Gestaltung des Ausstellungsgeländes als anschließend dauerhaft genutzter Stadtpark Norderstedts im Mittelpunkt gestanden. Dies sei der Erkenntnis der Bedeutung eines tragfähigen Nachnutzungskonzepts für das Gelände geschuldet. Schon frühzeitig seien im Nachnutzungskonzept die Einrichtung einer dauerhaften Gastronomie am See, eine Wasserkianlage, das Strandbad sowie Spielplatzangebote und Initiativen zur Umweltbildung für Kinder und Familien festgeschrieben worden. Ortsansässige Unternehmen und Betriebe aus der Region hätten die Landesgartenschau vornherein in erheblichem Umfang gefördert und auch für sich genutzt.

Die anwesenden Repräsentanten der berufsständischen Verbände der „grünen Branche“ unterstreichen die Bedeutung der Gartenschau als wichtige Maßnahme zur Stadtentwicklung und Förderung des Wirtschaftsstandorts Norderstedt; sie trage - so der Oberbürgermeister von Norderstedt schon in seinen Begrüßungsworten - zur Erweiterung des Images als Stadt mit hohem Freizeitwert bei. Mit der Landesgartenschau sei ein attraktives Naherholungsgebiet entstanden, das auch zur Förderung des touristischen Potenzials Südholsteins einen wesentlichen Beitrag leiste und nachhaltig wirke.

Sodann steht die Vorstellung der Grün-Initiativen „Entente Florale“ und „DIE GRÜNE STADT“ im Mittelpunkt der Sitzung. Der Wettbewerb „Entente Florale“ - so Frau Krug-Gbur - fördere die weitreichenden positiven Effekte einer nachhaltigen Stadtbegrünung. Der Wettbewerb ziele darauf ab, das Wohn- und Arbeitsumfeld für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und mehr Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Stadt zu schaffen. Bisher hätten sich rund 240 Städte und Gemeinden am Bundeswettbewerb „Entente Florale“ beteiligt. Anmeldeschluss für den Wettbewerb 2012 sei der 30. November 2011.

Auch die Stiftung „DIE GRÜNE STADT“ setze sich für mehr Grün in der Stadt ein. Die Stiftung betrachte das „private und öffentliche Grün“ aus den verschiedensten Interessenlagen von Städten und Kommunen, Vereinen, Schulen und Kindergärten, Verkehrsplanern, Wirtschaftsunternehmen, Architekten und Bürgerinnen und Bürgern. Dabei umfasse „DIE GRÜNE STADT“ das Grün in seiner Gesamtheit, vom Wohn- und Arbeitsbereich über private Gärten und Außenanlagen von Wohngebäuden und Büros bis hin zum öffentlichen Grün der Gemeinden und Städte unter besonderer Berücksichtigung seiner Auswirkungen auf die Lebenswelt der Menschen.

RL'in Hanella (MLUR) informiert, dass nach Kabinettsbeschluss die nächste Landesgartenschau in Schleswig-Holstein 2016 ausgerichtet werden solle. In Kürze werde im Amtsblatt eine entsprechende Bewerbungsrichtlinie veröffentlicht werden, auf deren Grundlage sich

dann interessierte Städte und Kommunen bewerben könnten. Landesmittel gebe es dafür nicht, aber das sei schon bei den ersten beiden in Schleswig-Holstein durchgeführten Gartenschauen so praktiziert worden sei. Lägen bestimmte Voraussetzungen vor, könnten jedoch bei Erfüllung des Kriteriums „Nachhaltigkeit“ Förderprogramme in Anspruch genommen werden. Dies betreffe jedoch nur den Investitionshaushalt, nicht den „Durchführungshaushalt“.

Abschließend steht das Thema „Nachwuchs/Ausbildung“ in den grünen Berufen im Vordergrund der Aussprache. Herr Lohff betont, die Gartenbauverbände erwarteten von den Bewerberinnen und Bewerbern um eine Ausbildungsstelle zunächst einen „vernünftigen“ Schulabschluss. Der Weg, den viele junge Menschen über die verschiedensten berufsbegleitenden Maßnahmen gingen, werde von den Betrieben nicht mitgetragen. - Herr Meier erklärt, in der Branche des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus beobachte man seit Jahren, dass viele junge Menschen nicht mehr ausbildungswillig seien. - Herr Schneekloth bemerkt, die früher übliche „Werker Ausbildung“ genüge heute nicht mehr den Ansprüchen der Baumschulbetriebe. „Werker“ hätten in seiner Branche keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Gemeinsamer Aufruf der Tagesordnungspunkte 2 und 3:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1100

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1640

(in zweiter Lesung überwiesen am 29. Juni 2011 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke [17/1804](#), [17/1805](#), [17/1809](#), [17/1814](#), [17/1961](#), [17/1967](#),  
[17/1975](#), [17/2000](#), [17/2010](#), [17/2031](#), [17/2049](#), [17/2065](#),  
[17/2067](#), [17/2080](#), [17/2094](#), [17/2098](#), [17/2100](#), [17/2101](#),  
[17/2103](#), [17/2118](#), [17/2120](#), [17/2121](#), [17/2122](#), [17/2127](#),  
[17/2128](#), [17/2132](#), [17/2138](#), [17/2145](#), [17/2151](#), [17/2155](#),  
[17/2156](#), [17/2164](#), [17/2172](#), [17/2173](#), [17/2180](#), [17/2181](#),  
[17/2182](#), [17/2183](#), [17/2184](#), [17/2193](#), [17/2194](#), [17/2195](#),  
[17/2196](#), [17/2197](#), [17/2198](#), [17/2200](#), [17/2207](#), [17/2208](#),  
[17/2209](#), [17/2210](#), [17/2211](#), [17/2212](#), [17/2215](#), [17/2216](#),  
[17/2217](#), [17/2219](#), [17/2225](#), [17/2230](#), [17/2232](#), [17/2233](#),  
[17/2235](#), [17/2237](#), [17/2238](#), [17/2241](#), [17/2250](#), [17/2257](#),  
[17/2259](#), [17/2263](#), [17/2267](#), [17/2291](#), [17/2292](#), [17/2293](#),  
[17/2322](#), [17/2340](#), [17/2341](#), [17/2349](#), [17/2352](#), [17/2388](#),  
[17/2391](#), [17/2410](#), [17/2416](#), [17/2419](#), [17/2422](#), [17/2423](#),  
[17/2456](#), [17/2459](#), [17/2461](#), [17/2466](#)

**Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1516

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1548

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Umdruck [17/2513](#)

(überwiesen am 25. Mai 2011 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss)

Die Vorlagen werden nach kurzer Diskussion von der Tagesordnung abgesetzt und sollen in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 7. September 2011 erneut aufgerufen werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Anregung des Vorsitzenden, Abg. Schröder, nehmen die Ausschussmitglieder für den 24. August d. J., während der Mittagspause des Plenums, eine Sondersitzung zur Verabschiedung einer Resolution/öffentlichen Erklärung zur Situation der Schleusen am NOK in Aussicht. - Auf Wunsch von Abg. Sellier wird der Ausschuss in seiner turnusmäßigen Sitzung am 7. September d. J. die Planungen des Bundes zum NOK insgesamt beraten.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuss wird der Wirtschaftsausschuss am 7. September d. J., 10 Uhr, einen Bericht des MWV zur Therme in Keitum auf Sylt entgegennehmen und beraten.

Die vom Geschäftsführer der Brunsbüttel Ports GmbH für den 2. November 2011 ausgesprochene Einladung zum Besuch des Elbehafens wird angenommen. Es wird die Möglichkeit bestehen, die Aktivitäten der Brunsbütteler Häfen in Sachen Offshore-Windenergie in Augenschein zu nehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Bernd Schröder  
Vorsitzender

gez. Manfred Neil  
Geschäfts- und Protokollführer